

Finanzamt verhindert Investitionen

Verwaltung. WU-Experte Schuch übt heftige Kritik an den Finanzbehörden: Globale Konzerne seien unsicher, wie viel Steuern sie zahlen müssen. Österreich verliere so Millioneninvestitionen.

VON MATTHIAS AUER

Wien. Es ist eine Geschichte, von der ein Land wie Österreich eigentlich träumen müsste. Ein großer internationaler Konzern will seine bestehende Produktion hierzulande erweitern, 1300 Arbeitsplätze sollen geschaffen werden. Die Pläne liegen fix und fertig in der Schublade. Vor der letzten Entscheidung sollen die heimischen Steuerbehörden einen Blick darauf werfen, damit im Vorfeld klar ist, mit wie viel Steuern das Unternehmen zu rechnen hat. Doch von der Behörde kommt nichts – und der Investor zieht weiter.

Geschichten wie diese häufen sich, klagt Josef Schuch, Leiter der Abteilung für Internationales Steuerrecht der WU Wien, im Gespräch mit der „Presse“. Er übt heftige Kritik an den Finanzbehörden: „Vor 15 Jahren konnten Behörden und Unternehmen noch miteinander reden.“ Es sei normal gewesen, mit Investitionsplänen zu einer Art Vorabprüfung zum Finanzamt zu gehen. Man habe Auskunft bekommen – und die habe auch gehalten.

Ministerium wehrt sich

Das sei nicht länger der Fall. „Österreichische Steuerbehörden sind immer weniger bereit, Dinge unvoreingenommen anzusehen.“ Nicht nur einmal hätten Unternehmen letztlich deutlich mehr Steuern bezahlt, als ihnen anfänglich erklärt wurde. Aus seiner Tätigkeit als Unternehmensberater bei Deloitte seien Schuch etliche Beispiele bekannt, in denen Investitionen in zwei- und dreistelliger Millionenhöhe an Österreich vorübergezogen seien, weil die Behörden vorab entweder nicht entscheiden wollten



Der Papierkram ist nicht das Problem. Aber fehlende Entscheidungen der Finanzbehörden schrecken globale Konzerne ab. [Fabry]

oder frühere Zusagen nicht eingehalten hätten. Beim zuständigen Finanzministerium kann man die Kritik nicht nachvollziehen. Prinzipiell habe die Behörde keine Verpflichtung, vorab Rechtsmeinungen abzugeben. Dennoch „gibt es die Möglichkeit, kostenlose mündliche Auskünfte einzuholen, diese sind jedoch nicht rechtsverbindlich“, so eine Sprecherin des Ministeriums.

Da aber klar sei, dass Unternehmen Planungssicherheit brauchen, gibt es seit 2011 die Möglichkeit, in bestimmten Fällen vorab einen kostenpflichtigen „Auskunftsbescheid“ zu beantragen. Unternehmen müssen Investitionspläne detailliert vorlegen. Dafür gebe es „rasch eine verbindliche Rechtsauskunft“.

Ganz stimme das leider nicht, kontert Schuch. Zwar sind Behörden tatsächlich nicht verpflichtet, vorab Meinungen abzugeben. Wenn sie sich allerdings dafür entscheiden und schriftlich Auskunft erteilen, könnten sie das im Nachhinein aber nicht einfach wieder ändern. Genau das sei aber zuletzt immer häufiger geschehen.

Konzerne haben ein Gedächtnis

Und auch die „Auskunftsbescheide“ funktionieren in seinen Augen nur zum Teil. Bei den Themen Gruppenbesteuerung und Umgründungen gehe alles problemlos. Anders sieht es aus, wenn internationale Konzerne anfragen, welche Verrechnungspreise sie ansetzen

müssen, wenn sie etwa Schrauben, die sie hier erzeugen wollen, ins eigene Werk in die USA verschiffen. Das ist kein kleines Feld: Zwei Drittel aller grenzüberschreitenden Warenströme finden konzernintern statt. Und die Frage, wie hoch diese besteuert werden, ist für die Wahl des Standorts nicht uninteressant.

Doch in diesem Fall zeigt sich die Republik offenbar zurückhaltender. Schuch ist kein einziger Fall bekannt, in dem ein solcher Bescheid erlassen worden wäre. Das Resultat: Willige Investoren ziehen weiter und bauen ihre Werke eben in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg oder der Schweiz auf. Zurück kämen sie nicht. „Auch Konzerne haben ein Gedächtnis.“

Bürokratieabbau: „Durchbruch in kleinen Schritten“

Die Regierung nähert sich der Wirtschaft – in Minischritten.

Wien. Den Hebeanlagenbeauftragten gibt es nicht mehr. Gemeinsam mit ihm streicht die Bundesregierung auch drei weitere gesetzlich verpflichtende Beauftragte für Unternehmen. Das ist zwar nicht der einzige Teil des Entbürokratisierungspakets, das Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Sozialminister Rudolf Hundstorfer am Donnerstag nach einem Treffen mit österreichischen Managern in Wien präsentiert haben. Aber er verdeutlicht ganz gut, dass sich die Regierung der Wirtschaft weiter nur in kleinen Schritten nähert.

„Die Unternehmen müssen eine Trendumkehr spüren“, sagte Mitterlehner. Sowohl bei der Bürokratie als auch bei Themen wie Lohnnebenkosten oder Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Konkret sollen Lehrlinge, die auf Montage mitfahren, künftig zehn Stunden am Tag arbeiten „dürfen“ und Gleitzeitmitarbeiter zwölf Stunden. 100 Mio. Euro sollen heuer innerhalb des AMS umgeschichtet werden, um sie für ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahren einzusetzen.

„Noch nicht viel passiert“

Von Voest-Chef Wolfgang Eder und Infineon-Österreich-Chefin Sabine Herlitschka ernteten die beiden „Wirtschaftsversther“ der Koalition durchaus Lob. Die Gespräche seien „sehr konstruktiv“ verlaufen, so Herlitschka. Eder ortete bei der Frage der Arbeitszeitflexibilisierung einen „Durchbruch in kleinen Schritten“. Bei der Senkung der Lohnnebenkosten sei „noch nicht viel passiert“. Die Richtung stimme aber. Jetzt müsse nur noch bei Dimension und Tempo nachjustiert werden. (auer)

Papandreou will „Erasmus für Arbeitslose“

„Presse“-Interview. Der ehemalige griechische Premier, Georgios Papandreou, fordert in Wien EU-Unterstützung für Arbeitslose und einen „grünen Marshallplan“. Es sei aber auch an der Zeit, auf die EU-Skeptiker offen zuzugehen.

VON NIKOLAUS JILCH

Wien. Der ehemalige griechische Premierminister, Georgios Papandreou, fordert eine „europäische Lösung“ für das weiterhin große Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und anderen südlichen europäischen Ländern. In Griechenland stehen trotz einer leichten Erholung der Wirtschaft noch immer 60 Prozent der Menschen ohne Arbeit da. „Diese Menschen stellen sich die Frage: Was tut Europa für mich? Und die Antwort lautet derzeit: nichts“, so Papandreou im Interview mit der „Presse“ am Rand des „Fonds professionell“-Kongresses auf dem Wiener Messegelände.

Papandreou war als Redner zum Kongress geladen. Er stand als Premierminister von 2010 bis 2011 im Mittelpunkt der Eurokrise, die vom überschuldeten Griechenland mitausgelöst worden war. Es war die Regierung des Sozialisten Papandreou, die erstmals zugegeben hatte, dass die offiziellen Haushalts- und Schuldenzahlen Griechenlands nicht korrekt waren und dass sein Land in Wahrheit schlechter dasteht. Papandreou gilt seit der Krise als einer der bekanntesten Politiker

Griechenlands. Er stammt aus einer reichen und einflussreichen griechischen Familie. Schon sein Großvater und Namensvetter Georgios Papandreou war dreifacher griechischer Premierminister.

„Jede Krise ist eine Chance“

Papandreou nennt seinen Vorschlag zur Milderung der Probleme mit der Arbeitslosigkeit in Europa „Erasmus für Arbeitslose“. „Warum sollten griechische Arbeitslose nicht in Österreich auf eine technische Fachhochschule gehen können, mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union?“, fragt er. Europa brauche auch ein „europä-

sches Sozialsystem“. Die Arbeitslosenzahlen in Europa (und in Griechenland im Speziellen) würden zwar langsam besser werden, aber eine langsame Verbesserung sei gerade im Fall von Jugendarbeitslosigkeit nicht genug, so Papandreou: „Es darf nicht nur ein bisschen besser werden – es muss viel besser werden. Sonst riskieren wir eine verlorene Generation in Europa. Und das können wir uns nicht leisten.“ Deswegen greift Papandreou auch die Idee eines „grünen Marshallplans“ wieder auf. Der Marshallplan war ein Konzept zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg – entworfen vom US-Außenminister George Marshall. Papandreou wünscht sich diesmal aber keine US-Hilfe, sondern ein EU-Investitionsprogramm in grüne Energie. „Jede Krise kann eine Chance sein.“

„Wir müssen uns unsere Energieversorgung genau ansehen, und die Lage in der Ukraine sollte uns nachdenklich machen.“ Der ehemalige griechische Premierminister sieht in der Ukraine-Krise einen entscheidenden Moment für die EU. Wie Europa reagiere, sei entscheidend, so Papandreou: „Das ist ein Moment der Wahrheit für Eu-

ropa, um festzustellen dass Europa einen langfristigen Plan für mehr Energieunabhängigkeit braucht.“ Ein „grüner Marshall-Plan“ wäre ein richtiger Schritt in dieser Richtung. „Wir sind immer noch entlang der Grenzen des Kalten Krieges geteilt. Wenn wir aus Griechenland grüne Energie nach Deutschland schicken wollen, dann scheitern wir an den unterschiedlichen Stromnetzen. Dabei sollten wir einen gemeinsamen Markt in Europa haben.“

Wachsende EU-Skepsis

Papandreou gesteht aber, dass weder für die Idee des „Erasmus für Arbeitslose“ noch für die des „grünen Marshallplans“ derzeit viel politischer Wille vorhanden sei. Ein großes Problem sei auch die wachsende EU-Skepsis in Europa.

„Wir haben zu lange als gesichert angesehen, dass in den europäischen Eliten eine Pro-EU-Meinung vorherrscht“, so Papandreou. Es sei an der Zeit, das Gespräch und die Debatte mit EU-Skeptikern zu suchen, um „zu sehen, was sie wollen“. „Wir haben bisher schlicht unterschätzt, dass die EU auch ein Projekt von Menschen für Menschen sein muss.“



Papandreou will Marshallplan. [Fabry]

EuGH: Marke Kornspitz könnte verfallen

Gericht muss jetzt Verhalten des Markeninhabers prüfen.

Wien. Im Rechtsstreit um die Marke Kornspitz war nun der EuGH am Wort. Er entschied, die Marke könne für verfallen erklärt werden, wenn sie aus der Sicht der Endverbraucher ihre Unterscheidungskraft verloren hat und das an der Untätigkeit ihres Inhabers liegt (C-409/12).

Backmittelhersteller Pfahnl will die Löschung der Marke erreichen, mit dem Argument, dass Konsumenten unter einem Kornspitz einfach eine Gebäcksorte verstehen und nicht ein Produkt aus der Backmischung eines bestimmten Herstellers. Was unter anderem daran liege, dass die Bäcker die Kunden nicht auf die Marke aufmerksam machen. Das Oberlandesgericht Wien wird nun prüfen müssen, ob Markeninhaber Backaldrin genug getan hat, damit die Bäcker die Marke als solche verwenden. Backaldrin-Geschäftsführungsmitglied Wolfgang Mayer gibt sich gelassen: Das Urteil habe keine unmittelbaren Auswirkungen, das Verfahren gehe weiter. (cka)